

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Europausschuss**

30. Sitzung

am Montag, dem 11. März 2002, 14:00 Uhr,  
im Sitzungszimmer des Landtages

**Anwesende Abgeordnete**

Rolf Fischer (SPD)

Hermann Benker (SPD)

Astrid Höfs (SPD)

Dr. Gabriele Kötschau (SPD)

Ulrike Rodust (SPD)

Claus Ehlers (CDU)

Uwe Greve (CDU)

Peter Lehnert (CDU)

Manfred Ritzek (CDU)

Joachim Behm (FDP)

Rainer Steenblock (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vorsitzender

i. V. von Gisela Böhrk

**Weitere Abgeordnete**

Lars Harms (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

| <b>Tagesordnung:</b>   | <b>Seite</b> |
|--|--------------|
| <b>1. Umsetzung des Memorandums über die regionale Zusammenarbeit zwischen dem Landtag Schleswig-Holstein und dem Sejmik der Wojewodschaft Pommern</b> | <b>4</b>     |
| Informationsgespräch mit Experten aus Schleswig-Holstein zur Erarbeitung eines Arbeitsprogramms  |              |
| <b>2. Einführung in die politische und wirtschaftliche Situation der Wojewodschaft Pommern</b>   | <b>5</b>     |
| - Konsul Witold Krzesinski, Generalkonsulat der Republik Polen, Hamburg  |              |
| <b>3. Präsentation von Projektideen</b>  | <b>7</b>     |
| - Sitzungsteilnehmer   |              |
| <b>4. Aussprache</b>   | <b>15</b>    |

Der Vorsitzende, Abg. Fischer, eröffnet die Sitzung um 14:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Der Vorsitzende begrüßt namentlich als Gäste Konsul Withold Krzesinski vom Polnischen Generalkonsulat in Hamburg, Herrn Jerzy Grzywacz, den Vorsitzenden des Ausschusses für interregionale und internationale Zusammenarbeit im Sejmik der Wojewodschaft Pommern sowie Herrn Marek Choromanski, Leiter des Schleswig-Holstein Büros in Danzig.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Umsetzung des Memorandums über die regionale Zusammenarbeit zwischen dem Landtag Schleswig-Holstein und dem Sejmik der Wojewodschaft Pommern**

Informationsgespräch mit Experten aus Schleswig-Holstein zur Erarbeitung eines Arbeitsprogramms

Der Vorsitzende teilt mit, dass Landtagspräsident Heinz-Werner Arens den Europaausschuss als Lenkungsausschuss mit der Umsetzung der Parlamentspartnerschaft mit dem Sejmik der Wojewodschaft Pommern beauftragt habe. Es gehe darum, die Umsetzung des Memorandums über die regionale Zusammenarbeit zwischen dem Schleswig-Holsteinischen Landtag und dem Sejmik der Wojewodschaft Pommern mit Leben zu erfüllen. Um dafür konkrete Projektideen sammeln zu können, beabsichtige der Ausschuss, in einem ersten Informationsgespräch zwischen den polnischen Gästen, den Ausschussmitgliedern und möglichen Projektpartnern ein Arbeitsprogramm zu entwickeln.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Einführung in die politische und wirtschaftliche Situation der Wojewodschaft Pommern**

- Konsul Witold Krzesinski, Generalkonsulat der Republik Polen, Hamburg

Herr Krzesinski beginnt seinen Vortrag mit dem Hinweis, dass es die Wojewodschaft Pommern erst seit circa drei Jahren mit der Verwaltungsreform in Polen und der Reduzierung von 40 Wojewodschaften auf 16 gebe. Flächenmäßig sei diese Wojewodschaft etwas größer als Schleswig-Holstein, bevölkerungsmäßig etwas kleiner. Unter den größeren Städten sei Danzigs historische Bedeutung besonders zu erwähnen, und zwar einmal unter dem Aspekt, dass dort im Jahre 1939 der Zweite Weltkrieg begann, und zum anderen unter dem Aspekt, dass im Jahre 1980 die erste demokratische unabhängige Gewerkschaft Polens, Solidarno, gegründet wurde.

Er, Herr Krzesinski, halte die Wojewodschaft Pommerns für eine der attraktivsten Regionen Polens in Bezug auf den Tourismus. Neben der außerordentlich schönen Landschaft habe sie auch eine hervorragende Bedeutung durch ihre mittelalterlichen Städte und Baudenkmäler.

Diesen Pluspunkten stünden allerdings schwere wirtschaftliche Probleme der Region gegenüber. Neben der Werftindustrie und der Fisch verarbeitenden Industrie gebe es kaum weitere industrielle Schwerpunkte. Hier stehe die Wojewodschaft Pommern nur an siebter Stelle unter den 16 Wojewodschaften. Etwas besser sei es bei der Entwicklung der kleinen und mittleren Unternehmen, deren Anzahl stetig ansteige.

Bezüglich der Auslandsinvestitionen nehme die Wojewodschaft den fünften Platz unter den 16 Wojewodschaft ein. Hier hoffe man durchaus auch noch auf weitere Verbesserungen, da die Region einerseits eine sehr attraktive geographische Lage habe und andererseits sehr gut ausgebildete Arbeitskräfte zur Verfügung stünden. Insgesamt hätten rund 2.500 polnische Firmen eine ausländische Kapitalbeteiligung, wobei vor allen Dingen amerikanische, deutsche und skandinavische Investoren eine gewisse Rolle spielten. Die größte Investition habe der amerikanische Konzern International Paper mit 320 Millionen \$ beim Kauf der Papier- und Zellulosewerke in Kwidzyn (Marienwerder) geleistet. Zweitgrößter Investor sei der Philipps-Konzern, der in der gleichen Stadt den Radiohersteller aufgekauft habe. Bedauerlich gering seien die Investitionen in den Tourismus und in das Transportdienstleistungsgewerbe. Was Letztes angehe, so setze man seine Hoffnungen auf den zukünftigen Ausbau größerer Ver-

kehrsmagistralen, deren Ausbautempo allerdings zu wünschen übrig lasse. Gut seien dagegen bereits heute schon die Verkehrsanbindungen im Flugbereich rund um Danzig und auch der Fährverkehr zeige befriedigende Ansätze.

Sorgen mache die steigende Arbeitslosigkeit, die bereits heute über 20 % liege und in manchen Gebieten der Wojewodschaft 30 % übersteige. Selbst in Danzig liege sie seit Beginn der Rezession vor zwei Jahren inzwischen bei 8 bis 9 %. Dies sei umso schmerzlicher, als die arbeitslosen jungen Menschen oft Hochschulabgänger seien und auch sonst einen sehr hohen Ausbildungsgrad vorwiesen. Da die Einkommen in der Wojewodschaft etwas geringer als im Landesdurchschnitt ausfielen, glaube er, dass dies ein Anziehungspunkt für ausländische Investoren sein könnte, in der Region zu investieren.

Auch bezüglich der Landwirtschaft habe die Region große Probleme. Die Landwirtschaft sei in ihrer heutigen Form unrentabel und wegen fehlender Subventionen auch nicht konkurrenzfähig. 70 % der Anbaufläche würden für Getreide verwendet. Hier gebe es noch sehr viel Verhandlungsbedarf in Bezug auf den Beitritt zur EU.

Die politische Lage der Region stelle sich heute so dar, dass es seit den Wahlen im Jahre 1998 im Landtag eine rechtskonservative Regierungskoalition gebe. Die Sozialdemokraten und die Postkommunisten säßen heute in der Opposition. Dieses Wahlergebnis zeige, dass im Unterschied zu anderen Regionen Polens die Wojewodschaft Pommern eher rechtskonservativ sei. Dies hänge mit der Tradition zusammen, wenn vergleichsweise Solidarnocz und die Freiheitsunion auch im übrigen Polen schlechter abgeschnitten hätten. Dies lasse vermuten, dass diese beiden Parteien etwas abgewirtschaftet hätten.

Herr Grzywacz gibt seiner Freude zur angestrebten regionalen Zusammenarbeit Ausdruck und weist auf seine Erfahrungen mit Deutschen in der Kriegszeit hin. Er sei Gefangener im Warschauer Ghetto gewesen und habe sich nicht vorstellen können, wieder mit deutschen Partner zusammenzuarbeiten.

bedauert, nach den Kriegserlebnissen des Zweiten Weltkrieges sein in den Jahren 1939 und 40 begonnenes Deutschstudium wegen seines damaligen Hasses nicht weiter fortgeführt zu haben. Umso bedeutender halte er es, dass er nun im Herbst seines Lebens am Aufbau der Brücke zwischen Polen und Deutschen mitarbeiten dürfe. Auch er sehe die Zeit heute reif, solche Brücken zu bauen und freue sich, an diesem Bau mitwirken zu können.

Punkt 3 der Tagesordnung:

### **Präsentation von Projektideen**

Der Vorsitzende weist zunächst darauf hin, dass das Ziel, das vor einem halben Jahr beschlossene Memorandum mit Leben zu erfüllen, nur in Zusammenarbeit zwischen Parlament und Landesregierung möglich sein könne, da Konkurrenz hier fehl am Platz sei. Deshalb halte er es für angemessen, zunächst einen Bericht über die Aktivitäten der Landesregierung zu erhalten.

AL Hoppe bekräftigt die - wie sie es nennt - „Additionalität“ zwischen Landesregierung und Europaausschuss in diesem Bereich der Partnerschaft. Hier sei es die Angelegenheit der Regierung einerseits und des Parlaments andererseits, ihre Projekte voranzutreiben. Die Landesregierung habe bereits seit Jahren eine Reihe guter Projekte und Initiativen auf den Weg gebracht und es gehe heute auf weiten Strecken darum, diese Zusammenarbeit weiterzuentwickeln und zu intensivieren.

In der nächsten Kommissionssitzung am 18. und 19. März in Danzig werde es schwerpunktmäßig um folgende Punkte gehen. Erstens solle dort ein gemeinsames Verkehrsseminar ins Leben gerufen werden. Zweitens solle über Möglichkeiten im Bereich des Technologietransfers gesprochen werden. Hier sei eine gemeinsame Veranstaltung vorgesehen, die im Wesentlichen von der Technologietransfer-Zentrale und der IHK getragen sein werde.

Ein dritter Projektansatz sei die Zusammenarbeit der Schulen. Hier gebe es bereits erste Kontakte. Darüber hinaus beginne die Landeszentrale für Politische Bildung, einen Lehreraustausch vorzubereiten. In diesen Bereich gehörten dann auch Überlegungen, polnisch an den schleswig-holsteinischen Schulen anzubieten. Dazu kämen dann noch Jugendbegegnungen wie beispielsweise unter dem Stichwort „ZeitSprung“. Nach einem Besuch von Jugendlichen aus Schleswig-Holstein in Danzig sei für Mai im Rahmen der Europawoche der Gegenbesuch polnischer Jugendlicher geplant. Sehr gut angekommen sei auch der kulturelle Austausch. Es gebe zahlreiche Kontakte der Museen untereinander sowie einen funktionierenden Austausch auf der Ebene der bildenden Künstler.

Intensive Überlegungen mache sich die Landesregierung auch darüber, Verwaltungspraktika anzubieten. Das Land habe hier bereits gute Erfahrungen gemacht, sodass sie, AL Hoppe, dem Parlament den Vorschlag machen wolle, ebenfalls solche Praktika anzubieten.

Nicht zuletzt überlege die Landesregierung im Rahmen des Beitritts Polens zur EU, auch im Hanse-Office in Brüssel Praktikantenplätze anzubieten. Dies bedürfe allerdings noch einiger Vorüberlegungen, da dort die Raumfrage etwas prekär sei.

Abschließend wolle sie noch darauf aufmerksam machen, dass sich die Zusammenarbeit im Zusammenschluss der Regionen rund um die Ostsee - BBBSC- gut entwickelt habe. Dort gebe es einen sehr lebendigen Dialog, der wenn auch nicht so sehr projektorientiert, doch sehr fruchtbar sei. Das Sekretariat sei im Augenblick in Danzig beheimatet und werde dort auch weitere zwei Jahre seinen Sitz haben. Die Landesregierung werde sich sehr gern daran beteiligen, diesen Dialog auch in Zukunft zu führen und darüber nachzudenken, wie in diesem Gremium weitergearbeitet werden könne.

Herr Dr. Nonnenbroich von der Landeszentrale für Politische Bildung knüpft an die Überlegungen der AL Hoppe zum Schüler- und Lehreraustausch an und legt dar, dass die Landeszentrale mit der Wojewodschaft Oppeln seit 27 Jahren einen schleswig-holstein/polnischen Lehraustausch mit Deutschlehrern, Politiklehrern, Geographie- und Geschichtslehrern durchführe. Ein Jahr kämen die polnischen Lehrer nach Schleswig-Holstein im nächsten Jahr gingen umgekehrt schleswig-holsteinische Lehrer nach Polen. Daraus hätten sich inzwischen auch neun Schulpartnerschaften in der Wojewodschaft Oppeln entwickelt. Dieses Projekt gedenke man nun auch auf die Wojewodschaft Pommern zu übertragen.

Entscheidend, so fährt Herr Dr. Nonnenbroich fort, sei natürlich die Kostenfrage. Die deutschen Lehrer seien in Oppeln stets Gäste der polnischen Kollegen gewesen und umgekehrt die polnischen Lehrer, wenn sie nach Schleswig-Holstein kämen, Gäste der Landeszentrale für Politische Bildung.

Zur Finanzierung der Erweiterung dieses Austausches auch auf die Wojewodschaft Pommern gebe es inzwischen Überlegungen des Europaausschussvorsitzenden sowie von Herrn Dr. Hesse aus der Staatskanzlei. Die deutsche Auslandsgesellschaft in Lübeck habe gemeinsam mit der Robert-Bosch-Stiftung ähnliche Überlegungen angestellt. Der Geschäftsführer der Auslandsgesellschaft, Martin Herold, und er, Herr Dr. Nonnenbroich, hätten überlegt, einen gemeinsamen Antrag an die Robert-Bosch-Stiftung zu stellen, um dieses Projekt für diese speziellen Lehrergruppen auch für die Wojewodschaft Pommern zu finanzieren.

Bei der Robert-Bosch-Stiftung gebe es eine entsprechende Förderung für baltische Lehrer und die Stiftung sei auch bereit, so etwas für Polen und Kaliningrad finanziell mit zu unterstützen. Der geplante Antrag werde noch vor der Sommerpause eingereicht werden, sodass man hoffe,



auch noch in diesem Jahr einen Bescheid zu bekommen. Nächstes Jahr sollte dieses Programm dann laufen können.

Herr Dr. Nonnenbroich wendet sich sodann an Herrn Krzesinski und Herrn Grzywacz um Unterstützung Polens in der Anlaufphase.

Auf die Überlegungen von Herrn Grzywacz, dass ihm ein Austausch von Geschichtslehrern sehr problematisch erscheine, erklärt Herr Dr. Nonnenbroich, dass in dem Schulbuchinstitut in Braunschweig schon sehr frühzeitig über Geschichtsbetrachtungen aus deutscher und aus polnischer Sicht diskutiert worden sei. In diese Diskussionen, die öffentlich gewesen seien, sei die Landeszentrale von Anfang an eingebunden gewesen. Gerade diese Diskussionen hätten durch ihre Offenheit, mit der sie geführt worden seien, wesentlich dazu beigetragen, den jeweils anderen Standpunkt besser zu verstehen. So sei es gelungen, viele Vorurteile abzubauen, was dann noch durch die praktische Begegnung der Lehrer untereinander verstärkt worden sei.

Ein weiterer wesentlicher Abbaumoment sei die Bereitwilligkeit der Lehrer gewesen, jeweils den polnischen beziehungsweise deutschen Partner bei sich in der Familie aufzunehmen, sodass neben dem offiziellen formalen Austausch auch ein sehr persönlicher Gedankenaustausch zustande kommen können. Und da sich dieses Modell eben sehr bewährt habe, würde er es begrüßen, wenn es auch auf die Wojewodschaft Pommern ausgedehnt werden könnte.

Auf die Frage von Abg. Dr. Kötschau, wie ein unter Umständen halbjährlicher Aufenthalt polnischer Lehrer in Deutschland finanziert werden solle, teilt Herr Dr. Nonnenbroich mit, dass der polnische Gastlehrer von der entsprechenden Schule ein Taschengeld bekomme und umgekehrt ein deutscher Lehrer von der polnischen Gastfamilie betreut werde. Die Reisekosten finanzierten die Lehrer selbst.

Abg. Behm gibt angesichts der unterschiedlichen finanziellen Verhältnisse in Polen und Deutschland zu bedenken, dass von deutscher Seite aus ein solcher Austausch viel leichter zu finanzieren sei als umgekehrt.

Herr Dr. Nonnenbroich teilt mit, dass für die Fahrt der polnischen Lehrer immer ein Kostenzuschuss für den Bus vonseiten der Landeszentrale habe gegeben werden können.

Abschließend bittet Herr Dr. Nonnenbroich den Ausschuss, ihn bei der Antragstellung an die Robert-Bosch-Stiftung zu unterstützen.

Herr Schmidt von der Deutsch-Polnischen Gesellschaft wirbt dafür, die Zuwendungen für die Deutsch-Polnische Gesellschaft nicht zu kürzen beziehungsweise zu erhöhen, um auch weiterhin Projekte durchführen zu können. Er regt an, den Polnischunterricht in Schleswig-Holstein auszubauen.

Herr Nickelsen von der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen erinnert an den Nationalitätenkongress in Danzig 1994 und wirbt für ein zum Jahr der europäischen Sprachen angemeldetes Projekt, mit dem autochthone Minderheiten wie beispielsweise Kaschuben, Tataren und Friesen ihre Sprache und Kultur näher bringen könnten.

Herr Grzywacz bemerkt, er unterstütze die Zusammenarbeit mit solchen ethnischen Gruppen.

Abg. Harms hält es für wichtig, dass sich nicht nur Angehörige der Volksgruppen, sondern auch Beschäftigte in den Verwaltungen regelmäßig austauschten, um den Umgang mit anderen Kulturen zu lernen.

Herr Koopmann vom Baltic Sea Chambers of Commerce Association, Industrie und Handelskammer zu Kiel, betont einleitend die Notwendigkeit, sich auch und gerade im Zeitalter des Internet durch gegenseitige Besuche, Gespräche und gemeinsame Veranstaltungen auszutauschen. Um Schleswig-Holstein in der Wojewodschaft Pommern stärker präsent zu machen, sollten regelmäßige Gesprächsrunden in der Wojewodschaft durchgeführt werden - Stichwort: „Schleswig-Holstein aktuell“ -, um auf bestehende Netzwerke von Akteuren im Ostseeraum aufmerksam zu machen, an die man sich mit der Bitte um Hilfestellung wenden könne. Angesichts des bevorstehenden EU-Beitritts wolle man Polen bei der Förderung von Existenzgründungen - Stichwort: gemeinsamer monatlicher Gesprächstag mit der Ausgleichsbank -, der Förderung junger, kleiner Unternehmen - Stichworte: Eigenkapitalbasis, Bürschaftsbank - und der Verbesserung des Technologietransfers unterstützen, um die unterdurchschnittliche Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft der polnischen Wirtschaft zu stärken. Nachdem im Jahre 2000 ein Seminar zur Förderung des Technologietransfers mit der Technologie-Transfer-Zentrale und dem Wirtschaftsministerium stattgefunden habe, sei ein weiteres Seminar im Sommer dieses Jahres vorgesehen, nicht zuletzt auch, um den Kontakt zum Innovationscenter in Danzig zu vertiefen. Im Bereich Tourismus gebe es einen Projektantrag zur besseren Vermarktung der Regionen Danzig und Kiel. Schließlich wende sich die IHK mit einer Veranstaltung am 23. April 2002 in Rendsburg an Unternehmen, die sich mit Polen befassten, und mache noch einmal auf die Vorteile einer Kooperation mit Polen aufmerksam.

Hinsichtlich der Finanzierung gemeinsamer Projekte weist Herr Grzywacz auf die unterschiedlichen Förderprogramme PHARE und INTERREG hin.

Abg. Ritzek setzt sich für gemeinsame Messeauftritte von Unternehmen aus der Wojewodschaft Pommern und Schleswig-Holstein, die miteinander kooperierten, an einem gemeinsamen Stand ein.

Herr Koopmann verweist auf die derzeit in Arbeit befindliche Messestrategie, in der auch Polen seinen Niederschlag finden werde.

Prof. Dr. Potthoff vom Institut für Friedenswissenschaften an der Universität Kiel bietet Abgeordneten und Mitarbeitern von Abgeordneten der Landes- beziehungsweise Regionalparlamente der Ostseeregion als Projekt zur Verbesserung der Zusammenarbeit ein zweitägiges, multinational angelegtes Training interkultureller Kompetenzen und transnationaler Kooperationsarbeit im Zusammenhang mit Partnerschaften des Landtages im Herbst dieses Jahres an (Umdruck 15/2001).

Herr Grzywacz bekundet für die polnische Seite Interesse an einem solchen Seminar.

Frau Kramer vom EAST-WEST CONTACT Hamburg berichtet, das Generalkonsulat in Hamburg habe sie mit der diesjährigen Präsentation Polens auf der Kieler Woche beauftragt, und schlägt vor, anknüpfend an das Kieler-Woche-Gespräch zum Thema „Auswirkungen der EU-Erweiterung“ das Forum Kieler Woche für einen politischen Frühschoppen zu nutzen, bei dem Bürgerinnen und Bürger mit ihren Ängsten, Befürchtungen und Vorurteilen mindestens einen polnischen Politiker aus Polen und einen aus Schleswig-Holstein unter der Moderation eines bekannten Fernsehjournalisten direkt befragen könnten, wie sich die EU-Erweiterung auf die Menschen konkret auswirke. Die Kieler Woche biete eine gute Gelegenheit, Menschen zusammenzubringen und gegenseitig vorhandene Bilder zu korrigieren. Das Generalkonsulat und das Kieler-Woche-Büro hätten für dieses Vorhaben bereits grünes Licht gegeben. Ferner spricht sie sich dafür aus, die Bereiche Frauenpolitik und Frauenförderung stärker zu thematisieren, den Studentenaustausch auszuweiten und Betriebspraktika für Schülerinnen und Schüler in Unternehmen der ausländischen Partnerregion durchzuführen, um Vorurteile abzubauen und das gegenseitige Kennenlernen zu fördern.

Abg. Steenblock hält es für wünschenswert, entsprechende Adressen polnischer Unternehmer in den derzeit im Aufbau befindlichen Praktikanten-Atlas aufzunehmen.

Der Vorsitzende greift den Vorschlag von Frau Kramer für ein Bürgergespräch im Rahmen der Kieler Woche dankbar auf.

Herr Dr. Abrecht von der Academia Baltica benennt drei konkrete Projekte, die in diesem Jahr durchgeführt werden sollten und deren Finanzierung sichergestellt sei. Erstens finde Ende April in der Akademie Sankelmark ein Seminar mit dem Kaschubischen Institut in Danzig und der Polnischen Gesellschaft in Danzig über Kaschuben in Pommern statt, das zur Hälfte mit deutschen und polnischen Teilnehmern besetzt sei. In diesem Zusammenhang weise er darauf hin, dass in Kürze ein Kompendium über die kaschubische Region erscheinen werde, das von deutschen und polnischen Wissenschaftlern gemeinsam erarbeitet worden sei und in deutscher und polnischer Sprache erscheine. Zweitens werde im Juni in Stuhm ein partnerschaftliches Seminar durchgeführt werden. Dabei sollten je zur Hälfte ehemalige und heutige Stuhmer zusammengebracht werden, um Geschichte und Gegenwart miteinander zu verknüpfen. Ein drittes Seminar beschäftige sich mit der Zwischenkriegszeit. Hier sollten deutsche und polnische Wissenschaftler auf diesen Zeitraum eingehen. Dieses Seminar werde Ende Oktober in der Akademie Sankelmark durchgeführt und werde je zur Hälfte mit deutschen und polnischen Teilnehmern besetzt sein. Die genannten Projekte bringe er im Rahmen dieser Veranstaltung gern ein, auch wenn der alleinige Finanzier die Bundesregierung sei. Für weitere Ideen und Anregungen sei er offen und erkläre seine Bereitschaft, auch im kommenden Jahr zusätzliche neue Projekte durchzuführen.

Herr Johansson von der Europäischen Bewegung berichtet, die Europäische Bewegung führe vom 31. Mai bis 2. Juni die 37. Nordeuropäischen Gespräche in Helsinki durch. Zu diesen Gesprächen seien auch polnische Vertreter eingeladen. Es gebe insofern ein wenig Schwierigkeiten mit polnischen Partnern, als es in Polen eine Vielzahl von europäischen Bewegungen gebe, die noch nicht koordiniert seien. In der zweiten Jahreshälfte, voraussichtlich im Oktober, werde in Schleswig-Holstein ein europapolitischer Kongress zum Thema Osterweiterung der EU mit den Europäischen Bewegungen der Ostseeanrainerstaaten durchgeführt. Zu dieser Tagung, die von der Europäischen Union finanziert werde, würden auch polnische Vertreter eingeladen werden. Eines der Themen, das auf diesem Kongress angesprochen werden werde, werde sicherlich der derzeit stattfindende Konvent sein.

Die von ihm geschilderten Projekte hätten sicherlich große Bedeutung. Gesehen werden müsse aber auch die bereits angesprochene wirtschaftliche Entwicklung in Polen. Aus seiner praktischen Arbeit als Anwalt könne er einige Bereiche benennen, die Schwierigkeiten bereiteten. Das sei erstens die Verkehrsanbindung in Polen. Polen sei das einzige Land, das die Autobahn rund um die Ostsee nicht verwirklicht habe. Dies behindere die Förderung von Investitionen erheblich. Zweitens sei das polnische Vertragsgesetz zu nennen, das seiner Auffassung nach EU-widrig sei und vorschreibe, dass alle mit polnischen Partner geschlossenen Verträge in polnischer Sprache vorliegen müssten. Der dritte Bereich betreffe das Thema Landerwerb. Beispielfhaft benennt er in diesem Zusammenhang das Land Schweden, in dem, seitdem die ent-

sprechenden Beschränkungen aufgehoben seien, ausländische Investitionen um mehr als 100 % gestiegen seien. Viertens regt er an, Praktika nicht nur für Lehrer und Schüler, sondern auch für Juristen und Verwaltungsbeamte durchzuführen.

Herr Krzesinski geht auf das Thema Landerwerb ein und verweist auf die politische Situation in Polen. Er führt dazu aus, dass es sich die polnische Regierung derzeit politisch nicht leisten könne, entsprechende Auflagen weiter zu lockern. Außerdem solle durch diese Bestimmungen spekulativen Bodenkäufen vorgebeugt werden. - Herr Johansson weist darauf hin, dass dem durch entsprechende Steuergesetzgebung Rechnung getragen werden könne.

Abg. Dr. Kötschau äußert Verständnis für die Haltung des Staates Polen, bei diesem Thema restriktiv zu verfahren. Abg. Greve unterstützt diese Haltung und macht auf mögliche Auswirkungen insbesondere auf den Arbeitsmarkt aufmerksam.

Herr Johansson äußert seine Auffassung, dass der polnische Staat und die polnische Wirtschaft nur existieren könne, wenn sie sich modernisierten in dem Sinne, dass sie konkurrenzfähig würden. Diese Entwicklung werde nicht aufzuhalten sein und müsse sozial abgefedert werden.

Der Vorsitzende spricht sich dafür aus, dieses Thema im politischen Bereich aufzugreifen und bei künftigen Begegnungen anzusprechen.

Herr Carstens von der Beratungsgesellschaft für Beschäftigung in Schleswig-Holstein trägt vor, geplant sei, im Juni mit Beschäftigungsträgern und Bildungsträgern nach Danzig zu reisen, um dort bilateral das Thema Arbeitsmarkt anzusprechen. Dabei sollten drei Themenschwerpunkte im Mittelpunkt stehen, nämlich erstens mit Vertretern der regionalen Arbeitsverwaltung das grundsätzliche Problem der Arbeitslosigkeit, zweitens im Bereich der beruflichen Bildung das Thema Strukturen von Trägern, und zwar sowohl von Beschäftigungsträgern als auch von Bildungsträgern, und drittens den Abschluss von Projektpartnerschaften zu erörtern.

Auf einen Hinweis von Herrn Grzywacz hinsichtlich der Kosten für die Schaffung eines Arbeitsplatzes berichtet Frau Ehlers von der Beratungsgesellschaft für Beschäftigung in Schleswig-Holstein kurz über das Projekt Chancen Zeitarbeit und legt dar, dass die Kosten für einen Arbeitsplatz branchenabhängig seien.

Herr Carstens bittet um Unterstützung bei der Kontaktaufnahme zu einer Beratungseinrichtung in der Wojewodschaft Pommern.

Frau Dr. Löding-Schwerdtfeger von der Akademie für die ländlichen Räume Schleswig-Holstein e. V. berichtet von einem geplanten Projekt zum Thema EU-Erweiterung. Hier solle im Internet ein moderiertes Diskussionsforum aufgebaut werden. Auch sie bittet um Vermittlung von möglichen Kontakten, um ein gemeinsames Projekt realisieren zu können. Außerdem könne sie sich ein Seminar zum Thema ländlicher Raum entweder zum Thema Landwirtschaft oder zum Thema Regionalentwicklung vorstellen.

Herr Parthie vom Landesjugendring legt dar, es bestünden Kontakte zwischen dem Landesjugendring und einzelnen örtlichen Organisationen. Das Problem in Polen sei, dass es keine nationale Organisation gebe. Gegenwärtig seien keine konkreten bilateralen Projekte geplant; es bestehe aber eine starke Bereitschaft, Kontakte zu vermitteln. Herr Grzywacz bestätigt, dass es in Polen keinen national organisierten Jugendring gebe, wohl aber eine Jugendorganisation namens Scout, deren Adresse er gern vermittele.

Punkt 4 der Tagesordnung:

### Aussprache

Abg. Dr. Kötschau erinnert daran, dass es sich bei dem polnischen Staat um einen zentralistisch regierten Staat handelt, und möchte wissen, welchen Spielraum die Wojewodschaft Pommern habe, um Abkommen zu treffen. Herr Grzywacz bestätigt, dass die Kompetenzen der Wojewodschaft nicht sehr hoch seien, und legt dar, dass sich die Wojewodschaft zu etwa 20 % aus Steuereinnahmen und zu etwa 80 % aus Dotationen des Zentralstaates finanziere. Darauf hinzuweisen sei auch, dass die Rolle des Sejmik nicht mit der eines Landtages eines deutschen Bundeslandes vergleichbar sei. Eine zentralistische Struktur könne man nicht sehr schnell ändern, aber man befinde sich in Polen auf diesem Weg. In diesem Zusammenhang weist er darauf hin, dass der Präsident des Sejmik Gast auf der Kieler Woche sein und dort einen Vortrag halten werde. Herr Krzesinski weist auf die in Polen durchgeführte Verwaltungsreform hin und legt, dass sicherlich nicht mehr jedes Projekt zentral genehmigt werden müsse. Im Übrigen könne Hilfestellung dabei geleistet werden, entsprechende Kompetenzen festzustellen.

Auf eine Frage des Abg. Benker legt Herr Krzesinski dar, dass es in der Wojewodschaft Pommern etwa 190.000 Unternehmen gebe, von denen etwa 60 % mittlere und kleine Unternehmen seien.

Abg. Ritzek regt angesichts der Tatsache, dass der Konvent vor einigen Tagen in Brüssel mit seiner Arbeit begonnen hat, an, dass die Wojewodschaft und die Schleswig-Holsteiner in den Forderungen an die Konventsmitglieder enger zusammenarbeiten sollten. Diese Forderungen seien dann differenziert zur Umsetzung in der Regierungskonferenz darzustellen. In diesem Jahr habe man die Möglichkeit, hier wirklich die Aufgaben zu belassen, von denen man glaube, man könne sie besser erledigen als die Kommission in Brüssel. Man solle gemeinsam Inhalte in Sachfragen finden, die dann an den Konvent beziehungsweise an die Regierungskonferenz herangetragen werden könnten.

Abg. Greve nimmt darauf Bezug, dass Herr Krzesinski deutlich gemacht habe, dass die Voraussetzungen für den Fremdenverkehr in der Region hervorragend seien und dass die diesbezüglichen Erwartungen im Moment noch nicht erfüllt würden. Er wolle bei dieser Gelegenheit deutlich machen, dass aus der Sicht der Beobachtung Deutschlands die innere Sicherheitslage dabei eine besondere Rolle spiele. Diese Frage müsse in Polen stärker gesehen werden.

Abg. Dr. Kötschau macht bezüglich der inneren Sicherheitslage deutlich, dass man in Polen genauso aufpassen müsse wie in anderen Ländern. Sie fahre seit Jahren nach Osteuropa und wenn man bewachte Parkplätze in Anspruch nähme, wenn man alle diese Dinge sensibel berücksichtigen würde, würde man die Voraussetzungen dafür erfüllen, dass nichts passiere. Sie appelliert an die Anwesenden, dies mehr als bisher zu betonen. Man müsse als Tourist einfach wissen, wie man sich zu verhalten habe.

Abg. Greve erklärt, dass es ihm bei seiner Einlassung nicht darum gegangen sei, was er persönlich empfinde. Für ihn sei das entscheidend, was das Volk denke und fühle. Er fahre auch häufiger nach Polen und seine persönlichen Erfahrungen sei auch nicht so negativ. Aber Realität sei nun einmal, dass - so Berichte aus seinem Bekanntenkreis - PKWs auch auf öffentlichen Parkplätzen gestohlen worden seien. Wenn man partnerschaftlich zum Beispiel in diesem Kreise zusammensitze, müsse dieser Gedanke angesprochen werden, weil eine Lösung dieses Problems letztlich wichtig sei, wenn der Fremdenverkehr in Polen „auf die Beine“ kommen solle.

Herr Krzesinski merkt an, dass dieses Thema in der deutschen Öffentlichkeit eine allzu große Rolle spiele. Im vorigen Jahr seien diese Delikte jedoch um 12,3 % zurückgegangen, weil man sich inzwischen bewusst sei, dass dieses Problem angepackt werden müsse. Für Polen sei es jedoch nicht verständlich, dass dieses Vorurteil bezüglich der Sicherheitslage, vor kurzem entstanden, nun „eine sehr große Karriere“ gemacht habe. Man fühle sich so, als sei man vom „Volk der Helden“ plötzlich in der deutschen Wahrnehmung zum „Volks der Diebe“ geworden. Dies sei der weiteren Entwicklung des Tourismus in Polen abträglich. Aber leider sei die finanzielle Decke für die Polizei sehr kurz. Nichtsdestotrotz sei die Situation inzwischen aber besser geworden.

Herr Grzywacz räumt ein, dass die öffentliche Sicherheit in Polen immer ein Problem gewesen sei. Es sei aber inzwischen viel geschehen und er hoffe, dass der Beitritt zur EU für eine weitere Verbesserung sorgen werde.

Abg. Harms weist darauf hin, dass in der Vergangenheit die Italiener und die Franzosen diesbezüglich auch ein Negativimage besessen hätten. Dieses Image seien diese Länder inzwischen völlig losgeworden. Die wirtschaftliche Entwicklung und die Entwicklung im sozialen Bereich würden sicherlich auch in Polen dazu beitragen, das Problem selber lösen zu können. Dies sei insofern nicht ein Thema der inneren Sicherheit, sondern mehr eine Frage der wirtschaftlichen Entwicklung, und daran solle man weiter arbeiten.



Der Vorsitzende, Abg. Fischer, dankt allen Teilnehmern an der Sitzung und betont, dass es sehr wichtig gewesen sei, die Situationsbeschreibung zu hören. Man habe festgestellt, dass es neben konkreten wirtschaftlichen Fragen in Verbindung mit Bildung auch sehr viel um Psychologie gehe. Dieser Aspekt sei am besten dadurch positiv zu gestalten, dass man miteinander rede und sich austausche. Über die gehörten Vorschläge wolle man eine Art Synopse fertigen und er, der Vorsitzende, hoffe, dass in einem Jahr das Memorandum realisiert worden sei, so dass man sich dann auch in einer weiteren „großen Runde“ darüber austauschen könne, welche Projekte bis dahin realisiert werden konnten.

Herr Grzywacz bedankt sich ebenfalls für die interessante Diskussion.

Der Vorsitzende, Abg. Fischer, schließt die Sitzung um 16:30 Uhr.

gez. Rolf Fischer  
Vorsitzender

gez. Petra Tschanter  
Geschäfts- und Protokollführerin